

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Samstag, 30. August 2025 - Nr. 201 / 35 D1

HERAUSGEGEBEN VON GERALD BRAUNBERGER, JÜRGEN KAUBE, CARSTEN KNOP, BERTHOLD KOHLER

4,20 € F.A.Z. im Internet: faz.net

BKA warnt vor Putins neuen Agenten

mwe./bin. ERFURT/HANNOVER. Die Sicherheitsbehörden des Bundes wollen mit einer Aufklärungskampagne im Internet auf Moskauer hybride Kriegsführung reagieren. Von kommender Woche an wollen sie vor der Anwerbung sogenannter „Wegwerf-Agenten“ durch russische Geheimdienste warnen, erfuhr die F.A.Z. aus Sicherheitskreisen. Beteiligt an der Kampagne sind das Bundeskriminalamt, der Bundesnachrichtendienst, das Bundesamt für Verfassungsschutz und der Militärische Abschirmdienst. Wichtig ist den Behörden, auf das Risiko für Personen hinzuweisen, die sich als „Wegwerf-Agenten“ verdingen. Denn sogar als gering erscheinende Straftaten, etwa Fotos von Sicherheitsobjekten zu machen, würden als Agententätigkeit gewertet, wenn sie im Auftrag eines fremden Staates geschehen. Die Folge können hohe Geldstrafen oder eine Haftstrafe sein. Bei „Wegwerf-Agenten“ handelt es sich meist um junge Männer, die oft Sympathien für das Putin-Regime hegen. Mithilfe verschachtelter Systeme werden sie über Messenger-Dienste angeworben. Für ihre Taten werden sie in Kryptowährungen bezahlt. Das Spektrum der Taten reicht von Propaganda-Graffiti über Spionage bis hin zu handfesten Sabotage-Plänen. (Siehe Seite 4.)

Der deutschen Winzer Leid



Bedrohliche Lage – So idyllisch Bernkastel-Kues und die Mosel durch die Burgruine Landshut anzuschauen sind – in den deutschen Weinanbaugebieten ist die Stimmung so schlecht wie seit Jahrzehnten nicht. Der Absatz geht zurück, die Kosten steigen, und die Konkurrenz aus Südeuropa

macht den Weinbauern mit Kampfpreisen Kopfschmerzen. Dem wichtigsten Auslandsmarkt verderben dann noch die Zölle den Geschmack. Wie steht es also um die deutschen Winzer? Wir schenken unseren Lesern vor der Lese reinen Wein ein. **Seite 7**

Foto Michael Braunschädel

Das Grundgesetz nicht aufs Spiel setzen

Von Reinhard Müller

Der Fluxkompensator funktioniert. Bundestagsvizepräsident Bodo Ramelow von der Linkspartei nimmt uns mit zurück in die Zeit der deutschen Einheit, als mit guten Gründen über all das debattiert wurde: über die Art und Weise des Zusammengehens der beiden deutschen Staaten wie auch über die Kinderhymne von Bertolt Brecht. Über die Flagge weniger; schließlich wurde die deutsche Einheit mit schwarz-rot-goldenen Fahnen herbeigeweht, den Farben der Revolution von 1848 und im Übrigen auch – verunziert mit Hammer und Zirkel – die der DDR.

Man kann jederzeit die Frage stellen, ob sich damals alle in diesem Land mit seiner freiheitlichen Grundordnung wiederfinden konnten (und es heute können). Damals jedenfalls war der Beitritt der DDR in Gestalt der neu erstandenen Länder nicht nur wegen des historischen Zeitfensters die allerbeste Wahl – er entsprach auch dem ganz überwiegenden Willen der Deutschen in der DDR. Sie wollten Einigkeit und Recht und Freiheit sofort und haben das auch in freien

Wahlen zum Ausdruck gebracht. Das vom langjährigen Thüringer Ministerpräsidenten behauptete „Fremdeln“ ist eher das eines frustrierten Linken mit Volk, Land und Welt. Man könnte es noch als direktdemokratische Romantik abtun, dass Ramelow über neue Nationalfarben und eine andere Hymne das Volk entscheiden lassen will. Das wäre tatsächlich neu in der deutschen Geschichte.

Skurril bis gefährlich wird es, wenn eine Volksabstimmung nach der Schlussbestimmung der Verfassung ins Spiel gebracht wird. Natürlich hat jedes Volk das Recht, sich eine neue Verfassung zu geben. Aber dann liegt alles auf dem Tisch. Geht es uns so schlecht? Vielleicht setzen sich nicht nur andere Hymnen und Farben, sondern auch eine ziemlich andere Staatsform durch, in der beispielsweise Ramelow nicht mehr viel zu lachen hätte. Angst vor dem Volk? Nein. Aber man sollte eine freiheitliche, angemessene und sehr bewährte Verfassung, die ihresgleichen sucht, weiterhin leben und verteidigen – und nicht von oben herab aufs Spiel setzen.

Was drei Millionen Arbeitslose lehren

Von Dietrich Creutzburg

Es ist ein Scheitern mit Ansage, offen war seit Jahresbeginn nur noch der Zeitpunkt. Nun ist es im August geschehen: Zum ersten Mal seit mehr als zehn Jahren überschreitet die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland wieder die Marke von drei Millionen. Allerdings gibt es einen entscheidenden Unterschied zur Lage im Frühjahr 2015: Damals ging die Arbeitslosigkeit stetig zurück und unterschritt eine symbolisch bedeutende Schwelle. Drei Millionen – das war einer der letzten Ausläufer der Rekordarbeitslosigkeit kurz nach der Jahrtausendwende, als der Sozialstaat mehr als fünf Millionen Arbeitslose zu versorgen hatte. Heute dagegen stellt sich die Frage, wie lange der Negativtrend mit all seinen individuell und volkswirtschaftlich stark belastenden Folgen wohl noch anhält.

In der fallenden Kurve von damals zeigten sich die Erfolge einer großen Sozialstaatsreform, verbunden auch mit Leistungskürzungen, stärkerer Betonung von Eigenverantwortung im Sozialstaat und einer beherrzten Deregulierung des Arbeitsmarkts, etwa zugunsten flexibler Beschäftigungsformen wie der Zeitarbeit. Die Beschlüsse dazu hatte in den Jahren 2003 bis 2005 die rot-grüne Regierungskoalition unter Kanzler Gerhard Schröder (SPD) gefasst. Sie tat es allerdings nicht aus freien Stücken, sondern unter dem Druck immer widrigerer Umstände.

Diese Umstände sahen so aus: Die Folgekosten einer stetig steigenden Arbeitslosigkeit machten die ohnehin enormen Finanzlücken in den Staats- und Sozialkassen noch größer. Das wiederum beschleunigte den Anstieg der Sozialbeiträge, die dann in Gestalt hoher Lohnnebenkosten den Anstieg der Arbeitslosigkeit vorantrieben; Arbeitsplatzaufbau war für zu wenige Unternehmen rentabel. Zugleich war der Bundeshaushalt so tief ins Defizit geraten, dass sich der Anstieg der Sozialbeiträge auch nicht mehr durch immer höhere Zuschüsse an die Sozialversicherungen bremsen ließ.

Wenn die Führungskräfte von Union und SPD jetzt darüber nachsinnen, mit welchen politischen Strategien sie den angekündigten „Herbst der Reformen“ bestehen wollen, dann sollten sie sich vor allem diese Erfahrungen vor Augen führen. Wer Arbeitslosigkeit ab- und Beschäftigung aufbauen will, darf jetzt erst recht keine Gesetze beschließen, die das Ausgabenniveau des Sozialstaats noch einmal kräftig und dauerhaft erhöhen.

Genau das aber plant die Regierung Merz mit ihrem Rentenpaket, das vorsieht, den Demographiefaktor in der Rentenformel auszuschalten und die Ausgaben für die sogenannte Mütterrente noch weiter zu erhöhen. Problematisch an dem Gesetzent-

wurf aus dem Haus von Arbeitsministerin Bärbel Bas (SPD), der Anfang August vom Kabinett gebilligt wurde, sind nicht nur die offen ausgewiesenen Mehrkosten von gut 200 Milliarden Euro im Zeitraum bis 2040. Überdies fließen große Teile dieser Summe an Rentner mit mittleren bis höheren Einkommen. Bedürftigen wird man also bald mit weiterem Geld helfen wollen.

Unternehmen, die über Investitionen in Deutschland entscheiden, werden nach dem Herbst genau beobachten, wie der Saldo der schwarz-roten Beschlüsse ausfällt: Wer 200 Milliarden Euro mehr für Renten ausgibt, der muss erst mehr als 200 Milliarden Euro an anderer Stelle (Bürgergeld?, Gesundheit?, Pflege?) einsparen, um

Vieles gleicht der Krise vor zwanzig Jahren. Die politische Umkehr lässt aber auf sich warten.

überhaupt die Zone zu erreichen, in der eine Dämpfung des lähmenden Kostenanstiegs beginnt.

Vor zwanzig Jahren galten Sozialabgaben von mehr als 40 Prozent des Bruttolohns als beschäftigungsfeindlich. Heute betragen diese 42 Prozent, und sie laufen auf 46 Prozent noch in dieser Legislaturperiode zu. Außerdem ist es ja nicht so, dass Deutschland hilfswise mit niedrigen Energiekosten oder schnellen Genehmigungsverfahren um Investitionen werben könnte.

Von politischer Einsicht ist bisher wenig zu sehen. Eher wird man sich darauf ausruhen, dass es im August am Arbeitsmarkt auch Hoffungszeichen gab. Aber woher kommen die? Vor allem daher, dass der öffentliche Sektor, auch dank der neuen Schuldentöpfe, weiterhin kräftig Personal aufbaut; und natürlich hilft die enorme schuldenfinanzierte Staatsnachfrage auch einigen Unternehmen. All das löst aber nicht die Strukturprobleme, die einem selbsttragenden Aufschwung der wertschöpfenden Industrie und damit des Arbeitsmarkts im Wege stehen.

Wer sich Illusionen hingibt, wird bald eine weitere unguete Erfahrung von Neuem machen: Wenn sich die Konjunktur belebt, sinkt zwar die Arbeitslosigkeit. Aber wer Struktur-reformen unterlässt, der wird bald erleben, dass das Grundniveau der sogenannten Sockelarbeitslosigkeit und damit das Kostenniveau des Sozialstaats mit jedem Konjunkturzyklus steigt. Sind drei Millionen Arbeitslose nicht genug? Womöglich müssen die Umstände noch widriger werden, bevor die nächste Trendwende beginnt.

War es ein ostdeutscher Satz?

Kein Ethos der Nachbarschaft: Warum Merks „Wir schaffen das“ auch zehn Jahre danach nicht zu diesem Land passt. **Feuilleton, Seite 9**

Auf zum Eiffelturm

Wenn jemand eine Reise tut, so kann er was erzählen: Eine deutsche Gruppe aus einem Brennpunkt reist nach Paris. **Politik, Seite 3**

Furcht und Schrecken?

Als sich Platon und Aristoteles überhaupt nicht einig waren: Über einen der folgenreichsten Streitfälle der Künste **Feuilleton, Seite 12**

Kampf um Unabhängigkeit

Wie haben amerikanische Präsidenten die Notenbank unter Druck gesetzt – und wie unterscheidet sich Trump? **Wirtschaft, Seite 19**

Fluchtpunkt Saar

Fan Zhendong, der beste Tischtennispieler der Welt, hielt den Rummel um seine Person in China nicht mehr aus. **Sport, Seite 32**

Nach dem Burnout

Wie Chefs mit viel Verantwortung in die Arbeit zurückkehren und die mentale Gesundheit bewahren. **Beruf und Chance, Seite 29**

Briefe an die Herausgeber, Seite 27

Zahl der Arbeitslosen so hoch wie seit zehn Jahren nicht mehr

Mehr als drei Millionen Menschen ohne Arbeit / Spahn: Mahnung und Auftrag

nkur./moja. FRANKFURT/WÜRZBURG. Erstmals seit zehn Jahren sind mehr als drei Millionen Menschen in Deutschland arbeitslos gemeldet. Das geht aus dem aktuellen Monatsbericht der Bundesagentur für Arbeit (BA) hervor, der am Freitag vorgestellt wurde. Im August erhöhte sich die Zahl der Arbeitslosen demnach um 46.000 im Vergleich zum Vormonat und stieg auf 3,025 Millionen. Das sind 153.000 mehr als im August 2024. Zuletzt hatte die Zahl der Arbeitslosen im Februar 2015 über der Drei-Millionen-Marke gelegen. Für einen August liegt die Arbeitslosigkeit sogar so hoch wie seit 15 Jahren nicht mehr.

BA-Chefin Andrea Nahles sprach dennoch von „zarten Pflänzchen“ einer Stabilisierung. So sinke die Zahl an Perso-

nen in Kurzarbeit seit Jahresbeginn kontinuierlich. Die Kurzarbeit gilt als ein Indikator für Krisen. Einen zweiten Lichtblick sieht sie in den Zahlen der gemeldeten Stellen. Hier registrierte die BA ein leichtes Plus im Vergleich zum Juli.

Der Ökonom und Chef des Münchner Ifo-Instituts Clemens Fuest erwartet mit Blick auf die jüngste Arbeitsmarktstatistik negative Folgen für die Konjunktur. Viele Haushalte sparten bereits mehr, weil sie sich Sorgen um die Zukunft machten, sagte Fuest der Nachrichtenagentur Reuters. Dieser Effekt werde zu nehmen.

Die Zahl der Arbeitslosen war auch Thema zwischen den Fraktionsspitzen von Union und SPD, die am Freitag ihre Klausur in Würzburg beendeten. Der

neue Höchstwert sei „Mahnung und Auftrag“ für die Koalition und die Regierung, wieder für Wachstum in Deutschland zu sorgen, sagte Unionsfraktionschef Jens Spahn (CDU). „Wenn die Wirtschaft schrumpft, kann jemand nur mehr haben, wenn jemand anders weniger hat. Das führt automatisch zu Verteilungskämpfen.“ Der SPD-Fraktionsvorsitzende Matthias Miersch sagte: „Wir haben große Aufgaben vor uns.“ Wirtschaftswachstum spiele eine wichtige Rolle, aber auch die Reformbereitschaft der Politik unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen Lage. Auf neue Projekte haben sich die Fraktionsspitzen bei ihrem zweitägigen Treffen nicht geeinigt, auch bestehende Konflikte wurden nicht gelöst. (Siehe Seite 4 und Wirtschaft, Seite 17.)

Merz und Macron bauen Kooperation aus

Deutsch-französischer Ministerrat in Toulon / Weitere Hilfe für Ukraine zugesagt

mic/cbs. PARIS/FRANKFURT. Bei dem deutsch-französischen Ministerrat in Toulon haben Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron am Freitag die bilaterale Zusammenarbeit in der Wirtschafts- und Sicherheitspolitik ausgebaut. Vor allem wirtschaftspolitisch wurden dabei Fortschritte erzielt: So sollen gemeinsam etwa die europäische Wettbewerbsfähigkeit durch Bürokratieabbau gefördert sowie der EU-Binnenmarkt gestärkt werden. Im Bereich der Energiepolitik vereinbarten Berlin und Paris zudem, den jeweiligen Weg nicht mehr zu blockieren und Entscheidungen zu respektieren. Frankreich will weiterhin auf den Ausbau der Atomenergie setzen, während Deutschland Unterstützung für den Auf-

bau von Wasserstoffleitungen fordert. „Es gibt in der Energiepolitik grundsätzlich unterschiedliche Entscheidungen. Aber das beeinträchtigt unsere Zusammenarbeit überhaupt nicht“, sagte Merz bei einer gemeinsamen Pressekonferenz. Auch im Bereich Kultur, grenzüberschreitender Zusammenarbeit und ziviler Sicherheit wurden bilaterale Kooperationen vereinbart. Macron sprach von gemeinsamen „Leuchtturmprojekten“.

Als Reaktion auf die jüngsten russischen Luftangriffe auf die Ukraine haben beide Länder der Regierung in Kiew zudem weitere Hilfe bei der Luftverteidigung zugesichert und Russland mit einer Verschärfung von Sanktionen gedroht. „Trotz intensiver internationaler diplomatischer Bemühungen zeigt Russland kei-

nerlei Bereitschaft, seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine zu beenden“, heißt es in einer Erklärung, auf die sich beide Regierungen in Toulon verständigt haben.

Eine Einigung über das gemeinsame Kampfflugsystem FCAS blieb allerdings aus; Präsident Macron hat um Aufschub bis zum Jahresende gebeten. In Paris ist von „vorübergehenden Schwierigkeiten“ die Rede, die überwunden werden müssten. Der dafür zuständige Verteidigungs- und Sicherheitsrat kam am Freitagnachmittag zu einer vertraulichen Arbeitssitzung zusammen. Auch ein Streitpunkt zu dem EU-Freihandelsvertrag mit den südamerikanischen Mercosur-Staaten, für den sich Macron ein Zusatzprotokoll wünscht, blieb offen. (Siehe Seite 2; Kommentar Seite 8.)

Ramelow fordert Abstimmung über Hymne

F.A.Z. FRANKFURT. Bundestagsvizepräsident Bodo Ramelow (Linke) hat sich für eine neue deutsche Nationalhymne und für eine Abstimmung über die Farben der Bundesflagge ausgesprochen. Ramelow begründete seinen Vorstoß damit, dass viele Menschen Unbehagen bei diesen nationalen Symbolen empfinden. Er kenne viele Ostdeutsche, die „die Nationalhymne aus vielerlei Gründen nicht mitsingen“, sagte der Linken-Politiker der „Rheinischen Post“. Er selbst singe die aktuelle Hymne „Einigkeit und Recht und Freiheit“ allerdings „mit Begeisterung“ mit.

Energiewirtschaft verteidigt Energiewende

itz. BERLIN. Der Energiewirtschaftsverband BDEW hält die Diskussion über die Stromkosten für zu einseitig. „Wir sollten nicht immer nur über die Preise als Standortnachteile sprechen, sondern über die Standortvorteile der Energiewende“, sagte BDEW-Chefin Kerstin Andreea der F.A.Z. So sei Deutschland mit seinen geringen Stromausfallzeiten „Weltklasse“. Mit grünen Techniken sei die Wirtschaft sehr erfolgreich. Andreea begrüßte zugleich, dass Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) Sparpotentiale für die Energiewende aufzeigen will. (Siehe Wirtschaft, Seite 18.)

Israel birgt Leichen zweier Geiseln im Gazastreifen

F.A.Z. FRANKFURT. Die israelische Armee hat am Freitag die Leichen zweier aus Israel entführter Personen im Gazastreifen geborgen. Bei einem der Toten handelt es sich um Ilan Weiss, der israelischen Angaben zufolge am 7. Oktober 2023 von der Hamas verschleppt und getötet wurde. Über die Identität des zweiten Opfers gab es zunächst keine Informationen. Das Büro von Ministerpräsident Netanjahu teilte mit, der Einsatz zur Freilassung der verbliebenen Geiseln gehe weiter. Es werden noch annähernd 50 Geiseln im Gazastreifen festgehalten, 20 von ihnen sollen noch am Leben sein.

Thailands Regierungschefin des Amtes enthoben

fäh. SINGAPUR. Thailands Verfassungsgericht hat die 39 Jahre alte Ministerpräsidentin Paetongtarn Shinawatra nach einem Jahr ihres Amtes enthoben. Laut der am Freitag in Bangkok verkündeten Entscheidung gehen die Richter davon aus, dass die Tochter des früheren Regierungschefs Thaksin in einem Telefonat gegen ethische Grundsätze verstoßen habe. Ein Gespräch mit dem früheren kambodschanischen Regierungschef Hun Sen war an die Öffentlichkeit durchgestochen worden. Es hatte schon im Juli zu ihrer vorläufigen Suspendierung geführt. (Siehe Seite 5.)



Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH; Kundenservice: (069) 75 91 - 10 00, Telefax: (069) 75 91 - 21 80 oder www.faz.net/meinabo. Briefe an die Herausgeber: leserbriefe@faz.de Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Österreich, Niederlande, Portugal (Cont.), Spanien 5,00 € / Kanaren, Balearen 5,20 € / Schweiz 6,00 sfrs